

Konditionalitätspolitik des Internationalen Währungsfonds

IWF-Kredite in der globalen Wirtschaftskrise

In der Asienkrise Ende der 1990er-Jahre trug der Internationale Währungsfonds (IWF) mit seinen harschen Kreditaufgaben massgeblich zur Verschärfung der Rezession bei und verlor in der Folge viel an Einfluss und Legitimation. Trotzdem hat er seit dem Ausbruch der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise wieder massiv an Bedeutung gewonnen. Dieses Papier untersucht, ob und wie sich seine Kreditkonditionalitäten seither verändert haben.

Die Resultate der Analyse zeigen ein gemischtes Bild. In mehr als der Hälfte aller laufenden Kreditvereinbarungen des IWF sind Sparmassnahmen und geldpolitische Interventionen vorgesehen, die eine zusätzliche rezessive Wirkung haben könnten. Im Laufe der Krise ist die Auflagenpolitik des Fonds allerdings flexibler geworden. Seit April 2009 schreibt er nur noch in einem Drittel aller neuen Kreditprogramme prozyklische Interventionen vor. Dies gilt sowohl für Kredite an Schwellenländer, als auch für solche an die ärmeren Entwicklungsländer. Offen ist jedoch, wie lange diese neue Flexibilität anhalten wird. Es ist zu befürchten, dass die Entwicklungsländer schon vor dem Abklingen der Krise wieder zu einer rezessionsverschärfenden Austeritätspolitik gezwungen werden.

Die Schweiz gehört zu jenen Ländern, die der Lockerung der bisherigen Konditionalitätspolitik kritisch gegenüberstehen. Sie hat zwar im Exekutivrat keinen aktiven Widerstand gegen diese wichtige Massnahme geleistet, dürf-

te aber auf eine baldige Kehrtwende drängen. Ihre Argumente sind in der globalen Wirtschaftskrise allerdings wenig stichhaltig. Eine erneute Rückkehr zu drastischen Sparauflagen würde den Ländern des Südens lediglich die Möglichkeit nehmen, nach dem Vorbild der Industrieländer anti-zyklische Konjunkturprogramme zu finanzieren und rasch aus der Krise herauszuwachsen.

Der vom Bundesrat vorgeschlagene Schweizer Kredit an den IWF dient der Aufstockung der Mittel, aus denen sich unter anderem die konditionalitätenfreie Flexible Kreditlinie, aber auch die weiterhin mit gewissen Auflagen verbundenen Standby-Abkommen speisen. Der Schweizer Beitrag trägt nichts zur Finanzierung der subventionierten Sonderkredite an die ärmsten Entwicklungsländer bei. Darum ersetzt er auch nicht die dringend notwendigen bilateralen Zusatzanstrengungen, die es bräuchte, um diese Länder bei der Krisenbekämpfung zu unterstützen.

Mark Herkenrath

1. Die Entwicklungsländer in der Krise

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise begann in den Finanzzentren des Nordens. Sie hat aber auch die Schwellenländer und bald danach die Entwicklungsländer in Mitleidenschaft gezogen. Die jüngsten Schätzungen des IWF zeigen, dass das Wirtschaftswachstum der Schwellen- und Entwicklungsländer im Jahr 2009 6,6 Prozentpunkte unter dem Wert von 2007 gelegen hat. Das ist ein grösserer Wachstumseinbruch als in den Industrienationen. Dort betragen die vermuteten Einbussen gegenüber dem Durchschnittswachstum vor der Krise 6,1 Prozentpunkte (siehe Tabelle 1).

Die Prognosen des IWF lassen auch erkennen, dass die Rückkehr auf den früheren Wachstumspfad in den Schwellen- und Entwicklungsländern mehr Zeit brauchen wird als in den Industrieländern. Im Jahr 2010 wird das Wirtschaftswachstum in den ärmeren Ländern weiterhin um 3,2 Prozentpunkte unter demjenigen des Jahres 2007 liegen, in den Industrieländern hingegen nur um 1,4 Punkte (Tabelle 1). Damit dürfte die Krise in den Ländern des Südens länger anhalten als dort, wo sie ihren Anfang genommen hat.

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Uno geht davon aus, dass im Jahr 2009 das Einkommen pro Kopf in mindestens sechzig der ärmeren Entwicklungslän-

der deutlich abgenommen hat. Die globale Rezession gefährdet damit auch die bisherigen Fortschritte in der Armutsbekämpfung. Prognosen der Weltbank lassen befürchten, dass bis Ende 2010 rund 90 Millionen Menschen neu unter die absolute Armutsgrenze von 1.25 Dollar pro Tag geraten werden.

2. Die Krisenpakete des IWF

Seit Beginn der aktuellen Krise hat der IWF neben der Neuausschüttung von Sonderziehungsrechten zwei Massnahmenpakete zur Stabilisierung der Weltwirtschaft lanciert. Am 24. März 2009 beschloss der Exekutivrat eine Reform der nicht-subventionierten («non-concessional») Kreditinstrumente, von denen die Industrie- und Schwellenländer profitieren. Die Reform enthielt nicht zuletzt die Schaffung der Flexiblen Kreditlinie (FCL: Flexible Credit Line), eines Kreditinstruments für Länder mit robusten makroökonomischen Grundlagen (siehe Box 1). Gleichzeitig kündigte der IWF eine Verdoppelung der Obergrenzen für Kreditbezüge an. Konnten die Mitgliederstaaten zuvor pro Jahr Kredite im Gegenwert von 100 Prozent ihrer Mitgliederquote beanspruchen, so wurde diese Obergrenze auf 200 Prozent pro Jahr angehoben.

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum 2007 und die Prognosen für 2009–2010

	2007	2009	2010	Differenz 2007–2010*
Industrieländer	2,7	-3,4	1,3	-1,4
Entwicklungs- und Schwellenländer	8,3	1,7	5,1	-3,2
<i>Afrika (nur Subsahara)</i>	6,9	1,3	4,1	-2,8
<i>Asien</i>	10,6	6,2	7,3	-3,3
<i>Lateinamerika und Karibik</i>	5,7	-2,5	3,5	-2,2
<i>Zentral- & Osteuropa</i>	5,4	-5,0	1,8	-3,6

Quelle: IWF, «World Economic Outlook», Oktober 2009; * eigene Berechnungen

Box 1: Die Flexible Kreditlinie

Bei der neu geschaffenen *Flexible Credit Line* (FCL) verzichtet der IWF auf politische Auflagen, die im Verlauf der Kreditperiode erfüllt werden müssen. Stattdessen herrscht jedoch *Ex-ante*-Konditionalität, denn es sind nur solche Länder anspruchsberechtigt, die bereits im Vorfeld gewisse Bedingungen erfüllen. Konkret richtet sich das Kreditinstrument an Länder mit einer gesunden Wirtschaftsbasis und IWF-konformen Wirtschaftspolitik (im IWF-Jargon: «very strong fundamentals, policies, and track records of policy implementation»). Ärmere Entwicklungsländer kommen für dieses Kreditinstrument nicht in Frage. Die FCL kann auch vorbeugend zur Krisenprävention beansprucht werden. Im Jahr 2009 haben drei Länder davon Gebrauch machen können: Mexiko, Polen und Kolumbien.

Am 29. Juli lancierte der IWF schliesslich auch ein Krisenprogramm für die ärmsten Entwicklungsländer. Er kündigte an, den Gesamtumfang subventionierter («concessional») Sonderkredite zu zinsgünstigen Konditionen bis Ende des Jahres 2010 auf 8 Milliarden Dollar, bis Ende 2014 auf 17 Milliarden zu erhöhen. Ausserdem beschloss er, bei laufenden und neuen Sonderkrediten bis ins Jahr 2011 auf die Zinszahlungen zu verzichten. Das entspricht zwar nicht dem von verschiedenen Entwicklungsländern und entwicklungspolitischen Organisationen geforderten Schuldenerlass, aber immerhin werden damit aus Krediten für die nächsten zwei Jahre zinsfreie Darlehen.

3. Der geplante Schweizer Finanzierungsbeitrag

Die Mitgliederstaaten der G-20 kündigten an ihrem Londoner Gipfeltreffen im April 2009 an, die internationale Gemeinschaft werde 500 Milliarden Dollar zur Finanzierung des ersten Massnahmenpaketes vom 24. März beisteuern. Bis im Oktober 2009 erhielt der IWF Kreditversprechungen im Gesamtbetrag von rund 360 Milliarden Dollar (ohne den geplanten Schweizer Beitrag; siehe Tabelle 2).

Der Schweizer Bundesrat folgte am 8. April der Initiative der G-20 und beschloss, dem IWF ebenfalls eine Kredit-

linie zu gewähren. Der Beschluss liegt dem Parlament zur Ratifikation vor. Mit geplanten 10 Milliarden US-Dollar würde der Schweizer Beitrag deutlich über jenen aller anderen Nicht-Mitglieder der G-20 liegen (Niederlande: 8 Mrd., Spanien: 6 Mrd., Norwegen: 4,5 Mrd. etc.; siehe Tabelle 2).

Die Finanzierung des Massnahmenpaketes vom 29. Juli, das sich an die ärmeren Entwicklungsländer richtet, ist indes noch ungewiss. Ende September liess der IWF verlauten, ohne weitere bilaterale finanzielle Zusagen würden die noch vorhandenen Reserven für subventionierte Kredite gerade noch den Bedarf der nächsten zwei bis drei Monate decken. Die neue Schweizer Kreditlinie von 10 Milliarden kann nicht für diesen Zweck eingesetzt werden, denn die subventionierten Sonderkredite an ärmere Entwicklungsländer werden aus einem separaten Fonds gespeisen.

4. IWF-Konditionalitäten seit Ende 2008

Kredite des IWF an notleidende Staaten sind in der Regel an politische Konditionalitäten gebunden. Ziel der Auflagen ist es, die Wirtschaftslage des Empfängerstaates möglichst rasch zu stabilisieren und das Vertrauen anderer (öffentlicher und privater) Investoren wiederherzustellen.

Tabelle 2: Kreditversprechen an den IWF

Land (Datum)	Betrag (Mrd. US\$)
Japan (13.2.09)	100,0
USA (18.07.09)	100,0
China (02.09.09)	max. 50,0
Deutschland (22.09.09)	22,5
Frankreich (04.09.09)	16,5
Grossbritannien (01.09.09)	15,0
Korea (04.05.09)	mind. 10,0
Kanada (08.07.09)	10,0
Schweiz	max. 10,0
Russland (27.05.09)	max. 10,0
Brasilien (10.06.09)	max. 10,0
Indien (05.09.09)	max. 10,0
Niederlande (05.10.09)	8,0
Spanien (05.10.09)	6,0
Australien (12.05.09)	5,7
Norwegen (06.07.09)	4,5
Chile (10.06.09)	1,6
Singapur (08.09.09)	1,5

Stand 5.10.2009

Quelle: IWF, «Bolstering the IMF's Lending Capacity», Oktober 2009.

In der Asienkrise Ende der 1990er-Jahre trug die restriktive Haushalt- und Geldpolitik, die der IWF vorschrieb, jedoch zu einer pro-zyklischen Verschärfung der Rezession bei. Nobelpreisträger Paul Krugman stellt rückblickend fest, dass die geforderten fiskalpolitischen Massnahmen (u. a. Steuererhöhungen und Kürzung der Staatsausgaben) eine doppelt negative Auswirkung hatten: «Wo sie erfolgreich waren, führten sie zu einem Nachfragerückgang und verschlimmerten dadurch die Rezession; wo sie nicht erfolgreich waren, verstärkte dies unnötigerweise noch den allgemeinen Eindruck, die Dinge seien ausser Kontrolle geraten.»¹

Ausserdem kritisiert Krugman, der IWF habe tiefgreifende strukturelle Reformen wie Privatisierungen und die Aufhebung von Monopolen verlangt, die weder krisenrelevant waren, noch in seinen Zuständigkeitsbereich gehörten.

Diese strukturellen Konditionalitäten hat der IWF inzwischen stark abgebaut. Wie eine Untersuchung des Cen-

ter for Economic Policy Research deutlich macht, sind jedoch auch in der aktuellen Krise weiterhin mehr als die Hälfte aller neuen IWF-Kredite an restriktive fiskal- und geldpolitische Auflagen mit potentiell rezessionsverschärfender Wirkung gebunden (siehe Tabelle 3). Während die reichen Industrienationen Milliardenbeträge in Konjunkturprogramme investieren, werden Schwellen- und Entwicklungsländer, die auf externe Krisenhilfe angewiesen sind, also zum Sparen gezwungen.

Gleichzeitig wird in Tabelle 3 jedoch deutlich, dass die Konditionalitätspolitik des IWF im Lauf des Jahres 2009 allmählich differenzierter geworden ist. Seit April 2009 werden nur noch in einem Drittel aller Kreditprogramme restriktive haushalt- oder geldpolitische Interventionen verlangt. Dies gilt sowohl für herkömmliche Standby-Abkommen als auch für subventionierte Kredite an ärmere Länder im Rahmen der Poverty Reduction and Growth Facility und der Exogenous Shock Facility.

1 Paul Krugman, *Die grosse Rezession: Was zu tun ist, damit die Weltwirtschaft nicht kippt*, 2009, S. 154.

Tabelle 3: IWF-Kredite und Konditionalitäten seit November 2008

Land	Beginn	Kredittypus ¹	Ländergruppe ²	Pro-zyklische Konditionalitäten ³	
				Fiskalpolitik	Geldpolitik
Armenien	03/09	SBA	LMIC		•
Äthiopien	01/09	ESF	LDC	*	*
Äthiopien	08/09	ESF	LDC	*	*
Bosnien-Herzegowina	07/09	SBA	LMIC	•	•
Costa Rica	04/09	PRGF	UMIC		•
El Salvador	01/09	SBA	LMIC	•	(dollarisiert)
Elfenbeinküste	03/09	PRGF	LIC		
Ghana	07/09	PRGF	LIC	•	•
Guatemala	04/09	SBA	LMIC		
Island	11/08	SBA	Non-DAC		
Kirgisische Rep.	12/08	ESF	LIC		•
Kolumbien	05/09	FCL	LMIC		
Komoren	09/09	PRGF	LDC	--	--
Kongo, Republik	12/08	PRGF	LMIC	•	
Lettland	12/08	SBA	Non-DAC	•	•
Malawi	12/08	ESF	LDC		•
Mexiko	04/09	FCL	UMIC		
Mongolei	04/09	SBA	LMIC	•	•
Mosambik	06/09	ESF	LDC		
Pakistan	11/08	SBA	LIC	•	•
Polen	05/09	FCL	Non-DAC		
Rumänien	05/09	SBA	Non-DAC	•	•
Senegal	12/08	ESF	LDC	•	
Serbien	01/09	SBA	UMIC	•	
Seychellen	11/08	SBA	UMIC	•	•
Sri Lanka	07/09	SBA	LMIC	--	--
Tadschikistan	04/09	PRGF	LIC		•
Tansania	05/09	PRGF	LDC		
Ukraine	--	SBA	LMIC	•	•
Ungarn	11/08	SBA	Non-DAC	•	•
Weissrussland	01/09	SBA	UMIC	•	•
Pro-zyklische Konditionalitäten:					
Alle Programme				52% (14: 27)	58% (15: 26)
Nach 04/09				33% (2:6)	33% (2: 6)
<i>Nur LDC und LIC</i>					
Alle Programme				33% (3: 9)	56% (5: 9)
Nach 04/09				33% (1:3)	33% (1: 3)

Stand 8.10.2009

Legende und Quellen:

- 1 ESF: Exogenous Shock Facility, FCL: Flexible Credit Line, PRGF: Poverty Reduction and Growth Facility, SBA: Stand-by Arrangement; Quelle: IWF, «IMF Financial Activities», 8. Oktober 2009.
- 2 LDC: least developed country, LIC: low-income country, LMIC: lower-middle income country, UMIC: upper-middle income country, Non-DAC: kein Entwicklungshilfeempfänger nach DAC-Liste; Quelle: OECD Development Assistance Committee, «DAC list of ODA recipients 2008-10», 2008.
- 3 • Pro-zyklische Konditionalität, * Kreditvereinbarung nicht öffentlich zugänglich, -- keine Angabe; Quelle: Center for Economic Policy Research, «IMF-Supported Macroeconomic Policies and the World Recession», Oktober 2009.

Ausserdem hat der IWF bei verschiedenen früher vereinbarten Kreditprogrammen die ursprünglich vorgesehenen Sparmassnahmen graduell gelockert. Ein Beispiel: Im Falle El Salvadors war zunächst eine Senkung des Haushaltdefizits auf 2,8 Prozent des Bruttoinlandproduktes vorgesehen. In einer neuen Vereinbarung soll dem Land jedoch ein Defizit von bis zu 5 Prozent zugestanden werden. Der Präsident der Zentralbank hat verschiedentlich festgehalten, der IWF sei nie zuvor in Verhandlungen mit El Salvador so zuvorkommend gewesen wie seit dem Ausbruch der aktuellen Krise.

Problematisch ist jedoch, dass der IWF von einem raschen Ende der Krise ausgeht und seine neue Flexibilität zeitlich begrenzt scheint. So wird zum Beispiel von El Salvador erwartet, dass das Haushaltdefizit bereits bis 2011 auf das Niveau vor der Krise zurückgeholt werden soll. Äthiopien wurde vom IWF vorgeschrieben, das Defizit von vornherein auf unter 2 Prozent des BIP zu halten. Damit bleibt für eine nachfragestimulierende Investitionspolitik, die auf die Förderung nachhaltiger Entwicklung setzt, kein Platz.

5. Die Rolle der Schweiz

Die Schweizer Vertretung im IWF nimmt in der Konditionalitätendebatte eine ausgesprochen konservative Haltung ein. Beispielsweise stand sie der Einführung der konditionalitätenfreien flexiblen Kreditlinie für Schwellenländer dezidiert kritisch gegenüber. Sie argumentierte, dieses Instrument stelle in grossem Umfang Geldmittel für grundsätzlich solide Mitgliedsländer bereit und gefährde damit die Liquiditätsposition des IWF. Entsprechend setzte sie sich für eine strikte Anwendung der Zugangskriterien für die FCL ein, damit der Teilnehmerkreis klar auf Länder mit überzeugendem wirtschaftspolitischen Ausweis beschränkt bleibe (EFV, IWF-Newsletter vom Mai 2009, S. 5).

Aber auch bei den Kreditkonditionalitäten gegenüber ärmeren Entwick-

lungsländern vertritt die Schweiz die Hardliner-Position. Das heisst: Während der IWF seit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise vermehrt auf rezessionsverschärfende Kreditaufgaben (Budgetkürzungen etc.) verzichtet, pocht die Schweiz in Diskussionen um neue und laufende Unterstützungspakete weiterhin auf Haushaltsdisziplin. Sie warnte den IWF davor, «seine Kredite dadurch attraktiver zu machen, indem er die Auflagen mildert» (EFV, IWF-Newsletter vom November 2008, S. 3), und brachte wiederholt Vorbehalte gegen die Erhöhung und Flexibilisierung der Kreditlinien vor.

Befürworter der Kreditkonditionalitäten begründen ihre konservative Haltung mit der Notwendigkeit einer nachhaltigen Verschuldungsquote. Es sei durchaus im Interesse der Entwicklungsländer, sich nicht übermässig zu verschulden, sondern Haushaltsdisziplin zu üben und das Vertrauen ausländischer Privatinvestoren zu gewinnen. Auch das Schweizer Finanzdepartment argumentiert so. Es lässt allerdings offen, warum Massnahmen, an denen die Entwicklungsländer selbst interessiert sein müssten, vom IWF überhaupt erzwungen werden sollen. Eigentlich würden hier technische Empfehlungen und politische Überzeugungsarbeit genügen. Strikte Kreditaufgaben hingegen nehmen den Regierungen der Entwicklungsländer ihren wirtschaftspolitischen Spielraum und untergraben die demokratische Mitbestimmung der nationalen Parlamente.

Der IWF hat seine Kreditaufgaben ursprünglich für Regierungen entworfen, die angeblich über die eigenen Verhältnisse leben und ausufernde Staatsausgaben über die Notenpresse finanzieren. In der aktuellen Weltwirtschaftskrise trifft die Entwicklungsländer jedoch keine Verantwortung. Sie sind unverschuldet in eine globale Rezession hineingezogen worden, die ihren Anfang in den Industrienationen nahm. Disziplinierungsmassnahmen machen in dieser Situation keinen Sinn. Vielmehr sollten die Entwicklungsländer Gelegenheit erhalten, die Binnenwirtschaft anzukurbeln und aus der extern verursachten Krise herauszuwachsen.

6. Fazit

Das Parlament wird demnächst darüber entscheiden müssen, ob die Schweiz dem IWF mit einer Kreditlinie von maximal 10 Mrd. US-Dollar finanziell unter die Arme greifen soll. Bei dieser Entscheidung gilt es zu berücksichtigen, dass der vom Bundesrat beantragte Beitrag nicht in jenen Fonds fließen wird, aus dem sich subventionierte Kredite an ärmere Entwicklungsländer speisen. Er ist damit nicht als Ersatz, sondern höchstens als Ergänzung zu einem vertieften entwicklungspolitischen Engagement zu sehen.

Dass die wirtschaftspolitischen Konditionalitäten von IWF-Krediten in den Empfängerländern lediglich rezessionsverschärfende Wirkung entfalten, gilt allerdings nicht mehr so absolut wie in der Zeit vor der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Seit sich die G-20 im April 2009 für eine Erweiterung des Mandats und der Kreditinstrumente des IWF aussprach, ist dessen Konditionalitätspolitik deutlich flexibler geworden. Während der Fonds bei rund einem Drittel aller neuen Kreditvereinbarungen weiterhin auf eine restriktive Haushalt- und Finanzpolitik drängt, lässt er in anderen Fällen auch antizyklische Massnahmen zu – nicht nur in Schwellen-, sondern auch in ärmeren Entwicklungsländern. Kritische Stimmen fürchten jedoch, der IWF könnte schon bald

wieder zu seiner bisherigen Austeritätspolitik zurückkehren.

Das europäische NGO-Netzwerk Eurodad, dem auch Alliance Sud angehört, bemängelt ausserdem, dass der IWF die Kreditprogramme und wirtschaftspolitischen Auflagen in der Regel mit den betreffenden Finanz- und Wirtschaftsministerien, aber unter Ausschluss der Entwicklungsministerien, Parlamente, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft verhandelt. Weiter weist Eurodad darauf hin, dass bestehende Sozialprogramme und Massnahmen zur Armutsbekämpfung in den Kreditvereinbarungen zwar vor Kürzungen geschützt werden, die Umsetzung dieser Schutzklausel jedoch zuweilen nicht möglich ist und selten streng überwacht wird.

Die Schweiz macht sich im IWF nach wie vor für restriktive fiskal- und geldpolitische Kreditaufgaben stark. Gerade in der aktuellen Weltwirtschaftskrise sind ihre Argumente aber wenig stichhaltig. Die Entwicklungsländer sind nicht in den Strudel der globalen Rezession hineingeraten, weil sie über ihre Verhältnisse gelebt haben. Rigorose Sparmassnahmen, wie sie der IWF in einigen Fällen noch immer fordert, bewirken hier nur, dass die Folgen dieser extern verursachten Krise weiter verschärft werden.

*Mark Herkenrath, Februar 2010
(mark.herkenrath@alliancesud.ch)*

In der Reihe **GLOBAL*-dokument** veröffentlicht Alliance Sud Positionspapiere, Tagungsbeiträge und andere entwicklungspolitische Stellungnahmen.

dokument ist als pdf-Download (www.alliancesud.ch/publikationen) oder auf Papier (Einzelausgabe: Fr. 7.–) erhältlich. Zuletzt sind in der Reihe *dokument* erschienen:

- Wasser – Quelle von Konflikten, Tagungsdokumentation des Arbeitskreises «Wasser – ein öffentliches Gut» vom 6. März 2009, dokument 17, Mai 2009
- Klimapolitik: Durchbruch oder Trölererei? Klimaveränderung und Post-Kyoto-Verhandlungen aus entwicklungspolitischer Sicht, dokument 16, Mai 2009
- Der Streit um die Entwicklungshilfe. Mehr tun – aber das Richtige! Tagungsdokumentation vom 16. Mai 2008, dokument 15, Juli 2008

Inhaltsverzeichnis

1. Die Entwicklungsländer in der Krise	2
2. Die Krisenpakete des IWF	2
3. Der geplante Schweizer Finanzierungsbeitrag	3
4. IWF-Konditionalitäten seit Ende 2008	3
5. Die Rolle der Schweiz	6
6. Fazit	7

Bleiben Sie entwicklungspolitisch auf dem Laufenden!
Abonnieren Sie GLOBAL⁺

Die Zeitschrift von Alliance Sud informiert viermal jährlich kompetent zu Fragen der Globalisierung und Nord/Süd-Politik.

<input type="checkbox"/> Probeexemplar	
<input type="checkbox"/> Jahresabo Schweiz	Fr. 30.–
<input type="checkbox"/> Jahresabo Ausland	Fr. 40.–
<input type="checkbox"/> Unterstützungsabo	Fr. 50.– und mehr

Name/Vorname _____
Adresse _____
PLZ/Ort _____
E-Mail _____

Bitte Talon ausfüllen und einschicken an:
GLOBAL⁺, Postfach 6735, 3001 Bern, Telefon 031 390 93 30, E-Mail: globalplus@alliancesud.ch